Helaba

Im Fokus: Länder
6. Februar 2024

Österreich: Schwunglose Konjunktur im Wahljahr

Das Wirtschaftswachstum wird im Wahljahr 2024 verhalten bleiben, die Inflation erhöht. Ein Lichtblick ist die Entwicklung der Gästezahlen. Die Wohnungspreise dürften sich leicht erholen.

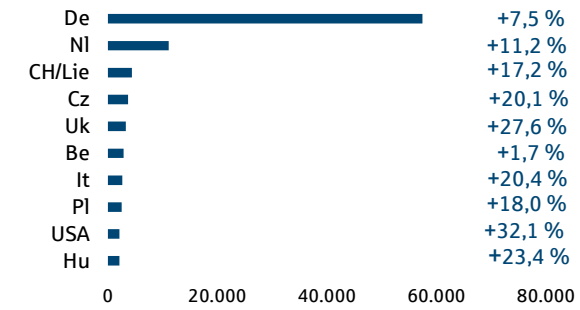
Marion Dezenter
Senior Country Analyst
Tel. 069/91 32-28 41

Nach dem enttäuschenden Schrumpfen der Wirtschaft um -0,7 % im vergangenen Jahr richten sich die Hoffnungen auf 2024. Der **Einkaufsmanagerindex** lag zwar auch zu Jahresbeginn noch unter der Expansionsschwelle von 50, stieg jedoch auf den höchsten Stand seit zehn Monaten. Eine Trendumkehr gibt es seit Oktober bei den Produktionserwartungen der Betriebe. Das **Konsumentenvertrauen** bleibt im Aufwärtstrend, allerdings weiter unter dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Unterstützung für den privaten Verbrauch kommt von den vergleichsweise starken Entgeltsteigerungen für 2024, meist in Höhe von rund 8 bis 10 %. Trotz dieses kräftigen Anstiegs signalisieren die Verbraucher in Umfragen bei größeren Anschaffungen aber noch Zurückhaltung.

Erfreulich ist die **Renaissance des Tourismus nach der Pandemie**: Trotz gestiegener Preise lagen die Übernachtungen und Besucherzahlen zuletzt nur wenig unter den Höchstwerten von 2019. Die mit Abstand größte Gästegruppe kommt traditionell aus Deutschland, wenngleich die Übernachtungszahlen hier gegenüber 2022 nicht so stark zugelegt haben wie aus anderen Ländern. Das Gesamtbild – ein gutes Ergebnis im Tourismus bei noch vergleichsweise zögerlicher Entwicklung der Gästezahlen aus Deutschland – dürfte 2024 erhalten bleiben.

Endlich wieder Österreich!

Gästezahlen im Kalenderjahr 2023 absolut* und % gg. Vj.



*Gästezahlen insgesamt 151.145 bzw. +10,4 %, ausländ. Gäste 111.249, +13,5 %
Quellen: Statistik Austria, Helaba Research & Advisory

Auch beim Warenhandel ist die schwache deutsche Konjunktur ein Belastungsfaktor, denn rund 30 % der österreichischen Exporte gehen nach Deutschland. Die Investitionstätigkeit hingegen profitiert von klimapolitischen Maßnahmen. Die noch restriktive Geldpolitik der EZB begrenzt allerdings die Kreditvergabe und belastet damit die Bauindustrie. Insgesamt ist zwar die **konjunkturelle Talsohle durchschritten**, schwungvolles Wachstum in naher Zukunft aber nicht zu erwarten. Für das Gesamtjahr 2024 ist mit einem realen BIP-Wachstum von 0,6 % zu rechnen.

Inflation weiterhin erhöht

Nach zweistelligen Raten vor Jahresfrist legten die Verbraucherpreise im Januar „nur“ noch um 4,5 % gegenüber dem Vorjahr zu. Der Trend sinkender Inflationsraten dürfte sich 2024 abgeschwächt fortsetzen. Zur Entlastung der Verbraucher trägt die Verlängerung der Energiepreishilfen bis Ende 2024 bei, die auch vor dem Hintergrund der anstehenden Nationalratswahlen zu sehen ist. Mit voraussichtlich 3,4 % im Jahresdurchschnitt bleibt die Inflation dennoch erhöht, auch im Vergleich zur Eurozone (2,8 %). Unternehmen müssen ihre Kalkulation auf die **neue Realität höherer Entgelte** einstellen, denn der in der gesamten Wirtschaft spürbare Fachkräftemangel wird den Lohndruck aufrechterhalten.

		2022	2023	2024p	2025p
BIP, real*	% gg. Vj.	4,8	-0,7	0,6	1,7
Inflationsrate	% gg. Vj.	8,6	7,8	3,4	2,6
Arbeitslosenquote	%	6,3	6,4	6,2	5,8
Budgetsaldo	% des BIP	-3,5	-3,0	-2,8	-2,5

*kalenderbereinigt; Quellen: EU, Eurostat, Helaba Research & Advisory

Öffentliche Haushalte noch belastet

Der österreichische Budgetsaldo ist von den Überschüssen vor der Pandemie noch ein ganzes Stück entfernt. Bei schwacher Konjunkturentwicklung dürfte der Fehlbetrag auch 2024 bei fast 3 % des BIP liegen, zumal sich der Wettstreit um die Wählergunst in der Regel nicht gut mit der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte verträgt. Ab 2025 dürfte die Ausgabendisziplin wieder stärker in den Fokus rücken. Mit einer Verschuldung von zuletzt knapp 80 % des BIP steht Österreich aber besser da als der Durchschnitt der Eurozone (rund 90 %). Zusätzliche Belastungen könnten aus dem „**Österreichplan 2030**“ der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) von Bundeskanzler Nehammer entstehen. Das Papier sieht unter anderem Steuersenkungen und Modifikationen bei Sozialleistungen vor, beinhaltet aber auch Klimamaßnahmen und Migrationsthemen sowie ein großes Spektrum an Einzelmaßnahmen wie Pläne für den Straßenbau oder ein neues Fußballstadion. Insgesamt summieren sich die geschätzten Budgetbelastungen bis 2030 auf gut 30 Mrd. Euro (6 ½ % des BIP). Die Gegenfinanzierung ist bislang wenig konkret. Allerdings ist je nach Ergebnis der Nationalratswahl ohnehin fraglich, wieviel von der Agenda zur Umsetzung kommt.

Wechselstimmung vor Nationalratswahl im Herbst

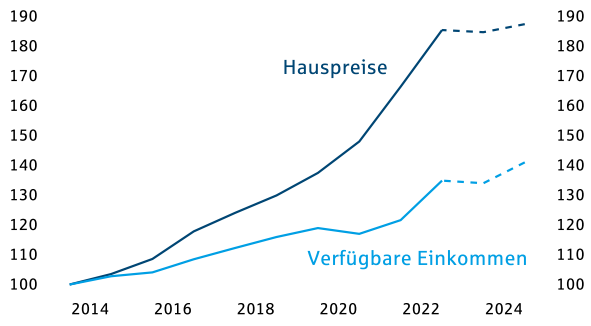
Für die im Herbst anstehenden Parlamentswahlen zeichnet sich ein Regierungswechsel ab: Wählerumfragen deuten auf eine Neuauflage der früheren Koalition aus ÖVP und FPÖ hin. Konnte die regierende ÖVP bei der letzten Wahl 2019 noch 37,5 % der Stimmen für sich verbuchen, kommt sie aktuell nur auf gut 20 %. Demgegenüber dürfte die FPÖ – bei der letzten Wahl mit rund 16,2 % drittstärkste Kraft – deutlich hinzugewinnen und bei bis zu 30 % Zustimmung Hoffnungen auf eine Regierungsbeteiligung hegen. Die aktuell an der Regierung beteiligten Grünen werden mit derzeit unter 10 % in der nächsten Koalition voraussichtlich keine Rolle spielen. Ein wichtiger **Stimmungstest wird die Europawahl am 9. Juni** sein. Insgesamt ist die Verunsicherung gestiegen: In einer repräsentativen Umfrage zum Jahreswechsel bekundeten 57 % der Befragten große Sorgen, deutlich mehr als vor Jahresfrist (48 %). Thematisch gibt es Überschneidungen zur Eurobarometer-Umfrage der EU von Ende 2023, bei dem v.a. Befürchtungen im Hinblick auf Migration und Kaufkraft geäußert wurden. Dabei ist das Vertrauen zur EU mit 47 % größer als zum eigenen Parlament (39 %) bzw. zur Regierung (36 %).

Wohnungsmarkt: Knappheit versus Erschwinglichkeit

Auch in Österreich wurde die kräftige Preissteigerung der vergangenen Jahre bei Wohnimmobilien abgebremst, wenngleich die Eurostat-Quartalsdaten zuletzt eine leichte Erholung andeuten. Andere Indizes, wie der der Österreichischen Nationalbank, haben den Wendepunkt noch nicht erreicht. Aktuell ist die **Situation für potenzielle Käufer nicht einfach**: Der starke Anstieg der Verbraucherpreise hat den finanziellen Spielraum für Immobilienkäufe reduziert. Verteuerte Kredite und eine seit August 2022 aufgrund rechtlicher Änderungen („KIM-Verordnung“) restriktivere Darlehensvergabe durch Finanzinstitute spielen ebenfalls eine Rolle. Zusätzlich bleiben viele Fragen hinsichtlich künftiger klimapolitischer Vorgaben.

Wohnungsmarkt: Einstiegsgelegenheiten?

Eurostat Hauspreise*, verfügbare Einkommen*, Index, Q1 2013 = 100



*Jahreswerte, ab 2023 Schätzungen/Prognosen
Quellen: Macrobond, Helaba Research & Advisory

Bauherren und Käufer zögern noch

Veränderung der Kreditnachfrage in den letzten drei Monaten*

*gewichteter Durchschnitt der Antworten, Bank Lending Survey
Quellen: Macrobond, Helaba Research & Advisory

Sinkende Inflationsraten und die kräftigen Lohnzuwächse werden 2024 **einen Zuwachs bei den verfügbaren Einkommen** bringen. Damit sollten sich die Voraussetzungen für den Erwerb von Immobilieneigentum wieder verbessern. Schützenhilfe kommt von den wieder etwas günstigeren Konditionen bei Festzinsdarlehen, wenngleich das sehr geringe Niveau der Niedrigzinsphase nicht wieder erreicht wird.

Auf der Angebotsseite sind Projektentwickler und Bauträger mit knapper Kapitaldecke durch die Kombination aus hohen Baukosten und schwächerer Nachfrage unter Druck gekommen. Verzögern sich Bauvorhaben oder bleiben sie ganz auf der Strecke, verstärkt dies die Knappheit, insbesondere, wenn die Nachfrage wieder anspringt. Laut Eurostat ist die Zahl der Baugenehmigungen 2023 auf den niedrigsten Stand seit Beginn der Zahlenreihe 2005 gesunken. Auf die Preise am Wohnungsmarkt wird der schon aufgrund einer wachsenden Bevölkerung anhaltend hohe Bedarf bei gleichzeitig schwächerer Bautätigkeit stabilisierend wirken. So ist bei den Hauspreisen nach der Korrektur im letzten Jahr **für 2024 mit einer vorsichtigen Erholung** und Steigerungen von 1,5 bis 2 % zu rechnen.

Hier können Sie sich für unsere Newsletter anmelden:
https://news.helaba.de/research/

Herausgeber und Redaktion

Helaba Research & Advisory

Redaktion:
Dr. Stefan Mitropoulos

Verantwortlich:
Dr. Gertrud R. Traud
Chefvolkswirtin/
Head of Research & Advisory

Neue Mainzer Str. 52-58
60311 Frankfurt am Main
T +49 69 / 91 32 – 20 24

Internet: **www.helaba.com**

Disclaimer

Die Publikation ist mit größter Sorgfalt bearbeitet worden. Sie enthält jedoch lediglich unverbindliche Analysen und Prognosen zu den gegenwärtigen und zukünftigen Marktverhältnissen. Die Angaben beruhen auf Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität wir aber keine Gewähr übernehmen können. Sämtliche in dieser Publikation getroffenen Angaben dienen der Information. Sie dürfen nicht als Angebot oder Empfehlung für Anlageentscheidungen verstanden werden.